



## Niederschrift über die öffentliche Bürgerfragestunde

---

Sitzungsdatum: Dienstag, 16.01.2018  
Beginn: 19:00 Uhr  
Ende: 19:26 Uhr  
Ort: im Rathaus Gauting, Großer Sitzungssaal

---

### Öffentliche Sitzung

- 1 Bauvorhaben auf dem Grundschulareal Bahnhofstraße; Fragen im Zusammenhang mit dem Bürgerbegehren
  - 1.1 Finanzielle Auswirkungen eines möglichen Baustopps
  - 1.2 Einbindung von "GautingAktiv" bei der Planung
  - 1.3 Auswirkungen des Neubaus auf Grundschule und Verkehr
  - 1.4 Zeitschiene der bisher geplanten Bebauung bzw. bei Neuplanung
  - 1.5 Aussage von GautingAktiv in Bezug auf Investor
  - 1.6 Mögliche Angebote der Gemeinde zur Gesprächsaufnahme mit Bürgern
  - 1.7 Sonderausgabe "Die Gemeinde Gauting informiert" vom Januar 2018; hier: Fairnessgebot gem. Art. 18a GO
  - 1.8 Weitere finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt durch steigende Kreisumlage
- 2 Fahrradabstellanlage Bahnhof Stockdorf
- 3 VR-Bank Filiale, Stockdorf

Die 1. Bürgermeisterin Frau Dr. Kössinger eröffnet um 19:00 Uhr die öffentliche Bürgerfragestunde und begrüßt alle Anwesenden.

## ÖFFENTLICHE SITZUNG

### **Bauvorhaben auf dem Grundschulareal Bahnhofstraße; Fragen im Zusammenhang mit dem Bürgerbegehren**

#### **Finanzielle Auswirkungen eines möglichen Baustopps**

Eine Bürgerin erkundigt sich nach den finanziellen Auswirkungen, die ein Baustopp für die Gemeinde selbst und den Einrichtungen, die von der Gemeinde unterstützt werden, z.B. Schwimmbad, Sportverein und bosco, habe.

*Die 1. Bürgermeisterin weist darauf hin, dass ein Planungsstopp bedeuten könne, dass der Investor vom Kaufvertrag zurücktreten könne, falls bis Ende 2019 der Bebauungsplan nicht rechtskräftig beschlossen sei. Der Kaufpreis in Höhe von 9,5 Mio € zzgl. der Ausschreibungskosten von rd. 100.000 € müsse in Folge zurückerstattet werden.*

*Die Gemeinde habe sich in 2011 durch Gemeinderatsbeschluss verpflichtet, das Grundstück zu verkaufen und den Erlös für die Renovierung der alten Realschule (6 Mio Euro) heranzuziehen, d.h. den hierfür benötigten Kredit abzulösen. Nur unter dieser Voraussetzung habe die Rechtsaufsicht der Kreditaufnahme zugestimmt. Sollte es zu einer Rückabwicklung des Kaufvertrages kommen, so fehle das Geld im Haushalt und eine erneute Kreditaufnahme sei erforderlich. Finanziell bedeute dies für die Gemeinde, dass aufgrund Sparmaßnahmen freiwillige Leistungen der Gemeinde gegebenenfalls gekürzt bzw. gestrichen werden müssen, um Gelder für die Pflichtaufgaben, wie Kindergärten, Schulen, Straßen vorhalten zu können. Zu den freiwilligen Leistungen einer Gemeinde gehören u.a. Kulturzuschüsse und Vereinszuschüsse. Auch die Sanierung des Sommerbades sei ggf. betroffen, dessen Betriebsbereitschaft hiervon abhängt.*

#### **Einbindung von "GautingAktiv" bei der Planung**

Ein Bürger erkundigt sich, ob die Behauptung von GautingAktiv, sie seien in die Planung nicht eingebunden gewesen, stimme und wie die 1. Bürgermeisterin das sehe.

*Die 1. Bürgermeisterin Frau Dr. Kössinger bestätigt, dass GautingAktiv nicht eingebunden war. Sie führt aus, dass die Bürger in die Planung mit einbezogen waren. Nachdem die Entscheidung zur Veräußerung in 2011 getroffen wurde, habe der Gemeinderat Ende 2012/2013 die Planungen der Öffentlichkeit im bosco vorgestellt. Es folgte u.a. die Anregung, man solle einen Workshop durchführen. Dies wurde mit „Gauting Entfalten“ umgesetzt. In diesem Workshop haben sich die Bürger deutlich dazu geäußert, was sie in der Planung gerne berücksichtigt haben möchten. Diese Anregungen wurden aufgenommen. Des Weiteren waren Bürger (Mitglieder von VCD, ADFC und Seniorenbeirat) bei der Erstellung des Verkehrskonzepts zum Bahnhofsumfeld mit beteiligt. Nachdem das Bieterverfahren abgeschlossen und das Bebauungsverfahren eröffnet wurde, fand eine öffentliche Veranstaltung statt, zu der die Bürger die Möglichkeit hatten, Einwendungen vorzubringen. Zusammenfassend merkt sie an, dass es viele Gelegenheiten gegeben habe, an denen sich die Bürger bei der Planung beteiligen konnten.*

## Auswirkungen des Neubaus auf Grundschule und Verkehr

Ein Bürger verweist auf die Aussage von GautingAktiv, dass durch den Neubau die Grundschule, die Schüler sowie der gesamte Verkehr massiv gestört werde und fragt nach wie dies die 1. Bürgermeisterin sehe.

*Die 1. Bürgermeisterin Frau Dr. Kössinger führt aus, dass der Gemeinderat in den Jahren 2014/2015 zwei Workshops zum Thema Verkehrsplanung Bahnhofsumfeld durchgeführt habe. Entscheidungen aus den Sitzungen des Bauausschusses, Gemeinderates und Umwelt-, Energie- und Verkehrsausschusses seien mit eingeflossen. Ziel war es u.a. festzustellen, welche Grundstücksflächen benötigt werden, um einen geordneten Ablauf an diesem Verkehrsknotenpunkt zu gewährleisten. Dabei wurde auch die Frage behandelt, wie das Grundstück grundsätzlich zu erschließen sei, sobald es zu einer Bebauung käme, also unabhängig von den Plänen eines Investors. Ein Schwerpunkt in den Workshops, an denen auch die Schule, die Taxifahrer sowie der MVV beteiligt waren, war die Sicherheit der Schulkinder. Wenn man sagt, die Schüler werden durch den Parkplatz des Einkaufszentrums beeinträchtigt, müsse sie erwidern, dass in der Planung der Parkplatz einerseits durch einen Wall vom Pausenhof getrennt sei, andererseits die Einfahrt zum Wohn- und Geschäftshaus und P+R-Anlage mit einem begrünten Gewölbe überdacht werde. Lieferungen für den Einzelhandel werden zu Zeiten festgesetzt, die außerhalb der Schulwegzeiten liegen. Zusätzlich sei für die Sicherheit querender Fußgänger eine Ampel in Höhe der Einfahrt von P+R/Wohn- und Geschäftshaus geplant. Diese und weitere Aspekte wurden mit dem Ingenieurbüro Obermeier, unter Leitung von Herrn Ammerl, gründlich überlegt. Aus Sicht des Gemeinderates, der diese Planungen vor Einstieg in das Bieterverfahren vorgenommen habe, sei der Schulweg sicherer als bisher geregelt.*

## Zeitschiene der bisher geplanten Bebauung bzw. bei Neuplanung

Ein Bürger erkundigt sich, wann mit einer Bebauung gerechnet werden könne, wenn das Bürgerbegehren keinen Erfolg habe und andererseits, wie lange man das Brachland „bewundern dürfe“, sollte es zu einem Baustopp kommen. Zu letzterem möchte er wissen, wie lange es dauern würde, bis es zu einem Baurecht für eine andere Lösung käme.

*Die 1. Bürgermeisterin informiert, dass im Falle einer Weiterführung des Bebauungsplans der Baubeginn im Frühjahr, spätestens im Frühsommer geplant und mit der Fertigstellung Ende 2019 zu rechnen sei.*

*Falls es zu einem Baustopp komme, könne sie über die zeitliche Dauer keine Angabe machen. Nachdem die Frage der Ortsverträglichkeit sehr unterschiedliche Meinungen hervorbringt, und inzwischen jegliche Planung kritisiert werde, würde man wieder bei Null anfangen müssen. Allein für das Verkehrskonzept habe die Planung über ein Jahr benötigt. Auch dieses wird in Frage gestellt. Sie könne daher nicht sagen, wann mit einem Ergebnis zu rechnen sei.*

## Aussage von GautingAktiv in Bezug auf Investor

Ein Bürger bezieht sich auf die Aussage von GautingAktiv : „Ach, lasst den Investor ruhig abspringen, es findet sich ganz schnell ein neuer und im Zweifel ist es für die Gemeinde auch ein vorteilhaftes Geschäft, da die Grundstückspreise in Gauting eher steigen“.

*Die 1. Bürgermeisterin erwidert hierzu, dass es nicht leicht sei, einen seriösen, solventen Bauherren zu finden, der ein Wohn- und Geschäftshaus nach den Vorgaben gemäß Ausschreibung durch die Gemeinde (Nutzungsvorgaben und Berücksichtigung städtebaulicher Aspekte) umsetze. Des Weiteren sehe sie auch ein Problem, dass das Vertrauen eines Investors in die Zu-*

verlässigkeit von Gauting möglicherweise nicht mehr vorhanden sei, da man sich bereits relativ weit in der Planung befinde, jedoch nun wieder bei Null anfangen müsse. Ein anderer Investor werde dieses Risiko ihres Erachtens sehr genau abwägen. Der Gemeinderat war froh, mit dem jetzigen Investor einen seriösen und zahlungsfähigen Bauherren zu finden, der die Umsetzung des Projekts zeitnah realisieren kann.

### **Mögliche Angebote der Gemeinde zur Gesprächsaufnahme mit Bürgern**

Ein Bürger fragt nach, was die Gemeinde insgesamt jetzt zusätzlich anbieten könne, um das Gespräch aller Kräfte miteinander zu unterstützen?

*Die 1. Bürgermeisterin erwidert, sie sei der Meinung, dass bisher alles angeboten wurde, um das Gespräch zu unterstützen. Darüber hinaus liege ein Antrag auf Bürgerentscheid vor und man solle nun auch die Bürger entscheiden lassen.*

*Auf Bitte der 1. Bürgermeisterin, seine Frage zu konkretisieren, führt der Bürger aus, dass aufgrund der Bedeutung eine gewisse Verunsicherung zur Qualität der Planung in der Bevölkerung bestehe. Er sei der Meinung, dass ein Bürgerengagement aller Generationen angestrebt werden solle, um in den nächsten Tagen und Wochen bis zum 15.04.2018 klar zu definieren, was man gemeinsam tun müsse, so dass jeder das Gefühl habe, die bestmögliche Grundlage zu haben, wenn der Bürgerentscheid stattfindet.*

*Die 1. Bürgermeisterin erklärt, dass Informationen seitens der Initiatoren des Bürgerbegehrens geliefert werden können. Wenn dem Bürgerbegehren ein Ratsbegehren gegenübergestellt wird, werde auch von Seiten der Gemeinde bzw. der Ratsmitglieder informiert.*

*Darüber hinaus verweist sie nochmals – wie bereits zuvor berichtet - auf die verschiedenen Angebote zur Bürgerbeteiligung (Gauting Entfalten, Workshops, Vorstellungen), seit Planungsbeginn in 2011. Trotz der vielen Diskussionen, werde es immer unterschiedliche Meinungen zur Architektur geben. Dies rechtfertige jedoch nicht, dass man mit den Planungen wieder bei Null anfangen müsse. Irgendwann müsse man sich entscheiden, um weiterzukommen.*

### **Sonderausgabe "Die Gemeinde Gauting informiert" vom Januar 2018; hier: Fairnessgebot gem. Art. 18a GO**

Ein Vertreter der Bürgerinitiative GautingAktiv bezieht sich auf die Sonderausgabe der Gemeinde Gauting und fragt nach, ob die Gemeinde eine ähnliche Ausgabe mit Informationen zum Bürgerbegehren, deren Input von GautingAktiv geliefert werde, herausgebe. Er beziehe sich hier auf Art. 18a Gemeindeordnung, der u.a. das Fairnessgebot regelt. Hierin heiße es, dem Bürgerbegehrenden seien gleiche Chancen einzuräumen.

*Die 1. Bürgermeisterin informiert, dass Art. 18a GO erst ab Zulässigkeit des Bürgerbegehrens gelte. Zudem sei der Gemeinde unabhängig vom Bürgerbegehren gestattet, sachliche Informationen zu geben. Sollte ein Ratsbegehren beschlossen werden, so sei es auch der Gemeinde gestattet, dieses zu verteidigen.*

### **Weitere finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt durch steigende Kreisumlage**

Ein Bürger äußert seine Bedenken, dass neben den finanziellen Auswirkungen, die ein Bau-stopp nach sich ziehe, der Haushalt der Gemeinde durch Erhöhung der Kreisumlage zusätzlich belastet werde. Die Steigerung sieht er darin begründet, dass der Landkreis in den nächsten Jahren ca. 100 Mio Euro an Verbindlichkeiten aufnehmen müsse, um den Bau des Gymnasiums

ums in Herrsching, die FOS in Starnberg und den Ausbau des Landratsamtes zu finanzieren. Er fragt nach, ob diese Aussage zutreffend sei.

*Die 1. Bürgermeisterin bestätigt dies. Sie führt weiter aus, dass trotz Abhängigkeit von der Steuerkraft einer Gemeinde der Anteil der Kreisumlage für die Gemeinde steigen werde. Die Auswirkungen von knappen Haushaltsmitteln in Bezug auf freiwillige Leistungen habe sie zuvor bereits erläutert*

---

### **Fahrradabstellanlage Bahnhof Stockdorf**

Eine Bürgerin fragt nach, ob es bei der Anzahl an Fahrradständern am Bahnhof Stockdorf bleibe, oder ob weitere Stellplätze eingerichtet werden, nachdem derzeit nur  $\frac{1}{4}$  der bisherigen Stellplätze aufgestellt seien. Für sie sei es auch schwierig, einen der oberen Stellplätze (Duplex-Anlage) zu nutzen.

*Die 1. Bürgermeisterin informiert, dass noch weitere Fahrradabstellplätze vorgesehen seien. In Summe sollen mehr Fahrräder dort Platz haben als zuvor. Durch die oberen Stellplätze könne die Anzahl verdoppelt werden. Zudem nutzen viele Radfahrer die oberen Stellplätze, da mehr Schutz vor Diebstahl und Vandalismus bestehe.*

---

### **VR-Bank Filiale, Stockdorf**

Eine Bürgerin erkundigt sich, ob von Seiten der Gemeinde etwas unternommen wurde bzw. wird, damit die Filiale der VR-Bank in Stockdorf bleibe, oder ob zumindest ein Geldautomat und ein Beratungsraum dort verbleiben kann?

*Die 1. Bürgermeisterin informiert, dass sie mit den Verantwortlichen der VR-Bank gesprochen habe. Ihr wurde mitgeteilt, dass sich die Weiterführung der Filiale in Stockdorf nicht lohne. Sie verstehe den Unmut der Bürger über die Schließung der Filiale und sagt zu, nochmals bei der VR-Bank nachzufragen, ob zumindest ein Geldautomat in Stockdorf bleiben könne. Bezüglich eines Beratungsraumes wurde ihr mitgeteilt, dass Kundengespräche weiterhin in Stockdorf stattfinden können, ggf. beim Kunden zuhause.*

Gauting, den 26.01.2018

Monika Rieckhoff  
Schriftführung

Dr. Brigitte Kössinger  
Erste Bürgermeisterin